Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Gebr. Reinhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 4. | Dresden, Sonnabend den 5. Januar 1918. | 29. Jahrg.

Trotzki kommt nach Brest-Litowsk.

Zwischenfall oder kritische Wendung? — Wichtige Verhandlungen der Mehrheitsparteien. Alldeutsche Freude. — Die Umtriebe der Entente. — Friedensnote der Ukraine.

Der Reichskanzler hat die neuen Erklärungen der Petersburger Regierung als einen Zwischenfall bezeichnet. Es ist aber ein Zwischenfall äußerst ernster Art, und die Befürchtung ist nahe gerückt, daß es sich um eine kritische Wendung in den Friedensverhandlungen mit Rußland handelt, die dem Abbruch dieser Verhandlungen gleichkommt.

Noch hat die russische Regierung nicht erklärt, daß sie nicht weiter verhandeln will; sie hat vielmehr durch ihren Vorschlag, einen anderen Verhandlungsort zu wählen, anscheinend eine Weiterführung der Verhandlungen offengehalten. Aber sie hat erklärt, daß sie auf die deutschen Vorschläge vom 28. Dezember nicht eingehen könne, und es ist zur Stunde noch unbekannt, ob überhaupt ihre Vertreter zum festgesetzten Termin des 4. Januar wieder in Brest-Litowsk erschienen sind. Andrerseits hat der Reichskanzler im Hauptausschuß des Reichstages hinsichtlich der Vorschläge vom 28. Dezember die Worte gebraucht: „Wir können davon nicht abgehen.“ So scheint zunächst eine unüberbrückbare Kluft zwischen den beiderseitigen Auffassungen zu bestehen.

Die sozialdemokratische Presse hat sogleich nach dem Bekanntwerden der deutschen Vorschläge vom 28 Dezember die ernstesten Vorstellungen erhoben. Die Berechtigung unserer Bedenken zeigt sich nur allzu schnell und allzu peinlich. Die deutsche Regierung hatte am 25. Dezember, in Uebereinstimmung mit ihren früheren Erklärungen und den Willenskundgebungen des deutschen Reichstags, das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundlage der Friedensverhandlungen anerkannt. Dann aber machte sie am 28. Dezember für die praktische Durchführung des Selbstbestimmungsrechts in den russischen Randländern Vorschläge, die das Ergebnis der Selbstbestimmung bereits als beinahe feststehend im Sinne der Loslösung von Rußland vorwegnehmen zu wollen schienen. Allerdings wurde auch eine spätere und endgültige Willenserklärung der Polen, Litauer, Letten „durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage“ zugestanden. Dieses Zugeständnis wurde aber zugleich wieder abgeschwächt, indem gesagt wurde, daß es „zur Bekräftigung der schon vorliegenden Lossagungserklärungen“ dienen soll. Es scheint, als ob die russischen Vertreter in Brest-Litowsk sich zu diesen deutschen Vorschlägen zunächst nicht schroff ablehnend gezeigt haben, so daß Herr v. Kühlmann sich ziemlich optimistisch über den Fortgang der Verhandlungen aussprechen konnte. Der Verlauf der Ereignisse zeigt, wie unberechtigt die Hoffnungen v. Kühlmanns gewesen sind. Sowohl die deutschen Vorschläge über das Selbstbestimmungsrecht als auch die Vorschläge, die die militärische Räumung der besetzten Gebiete betreffen, werden in Petersburg schroff abgelehnt. In der russischen Presse wird, wie der Reichskanzler mitteilte, das Verhalten der deutschen Regierung als ein illoyales gekennzeichnet. Wenn ein solcher Vorwurf erhoben wird, so sieht es nicht so aus, als wolle derjenige, der so spricht, die Friedensverhandlungen fortführen, sondern als rechne er bereits mit ihrem völligen Scheitern.

Das Verhalten der bolschewistischen Regierung kann nicht als gut und geeignet bezeichnet werden, dem Frieden zu dienen, den die Völker Rußlands ersehnen. Es wäre richtiger, wenn sie in Brest-Litowsk Auge in Auge mit den deutschen Vertretern die ihnen unannehmbar erscheinenden Vorschläge bekämpfen und andere Auswege suchen würden. Es scheint aber, als ob die bolschewistische Parteitaktik über das Friedensstreben gesiegt hat. Die Bolschewiki haben stets die Auffassung vertreten, daß in allen kriegführenden Ländern die Revolution ähnlich wie in Rußland durchgeführt werden müsse. Sie übersehen dabei, daß ihr jetziges Verhalten in England und Frankreich und Amerika den größten Jubel erregen, die dortigen Kriegsparteien stärken und so dem Frieden einen sehr üblen Dienst leisten wird.

Andrerseits trifft die deutsche Reichsleitung die volle Verantwortung für den „Zwischenfall“ in Brest-Litowsk. Der Reichskanzler und Herr v. Kühlmann hätten nicht erst den Widerhall von Petersburg erwarten brauchen, sondern sich von vornherein selbst sagen müssen, daß die Vorschläge vom 28 Dezember schwere Mißverständnisse und Gefahren in sich bergen. Sie hätten sich sagen müssen, daß ihre Zusage, einen Frieden ohne Vergewaltigung, der eine dauernde Freundschaft mit Rußland gewährleistet, ganz gewiß nicht auf dem Wege der Vorschläge vom 28. Dezember zu ermöglichen ist. Die jetzige Reichsleitung scheint sich allzusehr unter alldeutsche Einwirkungen zu begeben.

Jetzt muß alles darauf ankommen, ob und wie sich die schwer verfahrene Situation wieder einrenken läßt. Ehe noch von der ablehnenden Haltung der russischen Regierung etwas bekanntgeworden ist, hat die sozialdemokratische Fraktionsleitung mit den Fraktionsvertretungen der anderen Mehrheitsparteien Verständigung gepflogen, deren Ziel es war, die deutschen Friedensvorschläge für die im Osten besetzten Gebiete derart umzugestalten, daß der Schein der Vergewaltigung sowie der Illoyalität unbedingt beseitigt würde. Die Vertreter der Mehrheitsparteien haben Richtlinien für ihr Vorgehen vorberaten, die eine gute Grundlage für die Verhandlungen mit den russischen Vertretern bedeuten. Die Mehrheitsparteien waren gerade im Begriff, diese Politik im Haushaltsausschuß durchzuführen und die Regierung für ihre neuen Richtlinien zu gewinnen, als mit den Mitteilungen des Reichskanzlers die plötzliche Wandlung der Dinge eintrat.

Zur Stunde, da wir diese Zeilen schreiben, ist noch nicht bekannt, wie sich nun angesichts der jetzigen Lage die Mehrheitsparteien verhalten werden. So viel aber ist gewiß, daß die sozialdemokratische Fraktion alles aufzubieten gewillt ist, **um ein offenes, klares und wahres Festhalten an dem Grundgedanken des Verständigungsfriedens durch die Reichsleitung herbeizuführen.** Die Sozialdemokratie ist sich auch in diesen kritischen Tagen ihrer Aufgabe voll bewußt. Sie wird in voller Treue zu ihrer bisherigen Haltung im ganzen Kriegsverlauf auch jetzt der Losung folgen: Alles für den Schutz unseres Landes gegen fremde Eroberungspläne, nichts für Vergewaltigung und Unterdrückung anderer Völker!

* * *

Die Erklärung des Grafen Hertling im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte heute vormittag in Anwesenheit des Reichskanzlers und zahlreicher Staatssekretäre seine Verhandlungen fort.

Abg. Graf Westarp (kons.) führte aus: Ernste und schwere Bedenken bestehen bei uns hinsichtlich der Verhandlungen in Brest-Litowsk, und zwar wegen des dort aufgesprochenen erneuten Friedensangebots. Niemand konnte annehmen, daß das geschehen werde. In den allerweitesten Kreisen besteht Ueberraschung und Bestürzung. Eine Veranlassung zu einem neuen Friedensangebot bestand nicht angesichts der glänzenden militärischen Lage. Es bedeutet den Verzicht auf alle Errungenschaften. Die Frist ist jetzt abgelaufen, damit die Gefahr beseitigt, aber im Ausland ist der Anschein der Schwäche hervorgerufen. Es wird auch schwer sein, von der Erklärung vom 25. Dezember wieder loszukommen trotz weiterer militärischer Erfolge. Diese werden damit wirkungslos sein. Eine Gefahr, daß die Bolschewiki sonst nicht zu Verhandlungen bereit gewesen wären, bestand nicht. Was soll nun weiter geschehen? Jetzt müssen wir **von dem Inhalt des Friedensangebots wieder loskommen. Die Frist darf unter keinen Umständen verlängert werden.** Das ist unsere dringende Forderung, zumal wir Zweifel in die Festigkeit unserer Unterhändler haben. Ein Lossagen von allen Friedensangeboten würde den Krieg verkürzen, weil die Feinde immer hoffen, ihre Ziele zu erreichen durch unsere Nachgiebigkeit. Diese Hoffnung muß ihnen genommen werden. Auch wir wollen baldigen dauernden Frieden mit Rußland und die Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen. Wir begrüßen auch, daß Vertreter der Ukraine mitwirken. Ob die Besprechung der Einzelheiten hier im Ausschuß zweckmäßig ist, kann zweifelhaft sein angesichts der Zwischenfälle, die kommen können. Gegen den Weg des Selbstbestimmungsrechts haben wir Bedenken.

Reichskanzler Graf Hertling:

Der Herr Vorredner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schlusse meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß das, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. **Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.**

Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch aussprechen lassen, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die **russische Regierung schlägt eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm vor.** Ganz abgesehen davon, **daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen Vorschriften über den Ort machen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen sollen,** darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegierten mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia, Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionieren gut — in Stockholm auf die größten Schwierigkeiten stoßen würden. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können. Dazu kommt, daß die Machenschaften der Entente, Mißtrauen zu säen zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, diesen Vorschlag abzulehnen. (Bravo!)

Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. **Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiter verhandeln.**

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, **die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen.** Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Räumung der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmungen. In der russischen Presse wird uns insinuiert, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgedrückt sei, wie wir uns in illoyaler Weise unserer Zusage, betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker, entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. (Bravo!) Punkt 1 und 2 sind lediglich durch praktische Erwägungen bestimmt. **Wir können davon nicht abgehen.**

Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verläuft. Wir stützen uns auf unsere Machtstellung, auf unsere loyale Gesinnung und auf unser gutes Recht. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Fischbeck (Fortschr. Volksp.) schlägt vor, nach dieser Erklärung des Reichskanzlers die Verhandlungen zu vertagen.

Abg. Scheidemann (Soz.) schließt sich dem an.

Abg. Haase (Unabh. Soz.) bittet, weiter zu tagen, denn der Zwischenfall sei zu erwarten gewesen.

Abg. Freiherr v. Gamp (D. Fr.) ist der gleichen Meinung.

Abg. Erzberger (Ztr.) beantragt **Vertagung bis Sonnabend 10 Uhr.**

Dieser Antrag wird angenommen und die Sitzung geschlossen.

*

Verhandlungen der Mehrheitsparteien.

Verhandlungen zwischen den Parteien und der Parteien mit dem Reichskanzler dauerten gestern den ganzen Tag über bis in die späten Abendstunden an. Nach einer interfraktionellen Besprechung der Mehrheitsparteien, d. h. des Zentrums, der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie begaben sich Vertreter dieser Parteien zum Grafen Hertling. Die Nachricht bürgerlicher Blätter, daß die Mehrheit auseinandergefallen sei, entspricht, wenigstens zur Zeit, nicht den Tatsachen. Man erwartet, daß die heutigen Verhandlungen des Hauptausschusses einen bedeutsamen Verlauf nehmen werden, von dem dann auch die weitere Entwicklung der Dinge im Innern abhängen wird.

Der Versuch der Sozialdemokratie, die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen, ist noch nicht aufgegeben und gilt im Augenblick auch noch nicht als hoffnungslos.

---

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 5. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der flandrischen Front östlich von Ypern, in einzelnen Abschnitten zwischen Scarpe und Somme sowie in der Gegend von Avocourt und St Mihiel entwickelten sich zeitweilig lebhafte Feuerkämpfe. An der übrigen Front blieb die Artillerietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt.

Oestlich von Bussecourt hatte eine gewaltsame Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front.

Zwischen der Brenta und dem Montello lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180105/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG